

NORD|SÜD *news* I/2024

Foto: World Economic Forum / Benedikt von Loebeil (CC BY-SA 2.0)

Wahl mit Folgen: Kaum im Amt versucht der rechtspopulistische argentinische Präsident Javier Gerardo Milei staatliche Institutionen und Leistungen abzubauen.

Die Verteidigung der Demokratie

## Gewerkschaften im Kampf gegen rechte Übernahme

**Im Superwahljahr 2024 geht es darum, rechte und rechtsextreme Übernahmen in vielen Ländern zu verhindern. Progressive Resolutionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, Verbesserungen durch das Lieferkettengesetz, Fortschritte in der EU stehen auf dem Spiel. Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB startet darum die Kampagne „Für Demokratie“.**

Das hat es noch nie gegeben: Mit vier Milliarden Menschen ist im Jahr 2024 die Hälfte der Weltbevölkerung zu Wahlen aufgerufen. In mehr als drei Dutzend Ländern finden Präsidentschaftswahlen statt, in rund 20 weiteren werden neue

Parlamente gewählt. Doch dieses Superwahljahr steht nach Einschätzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) unter keinem guten Vorzeichen.

„Weltweit ist die Demokratie in einem kritischen Zustand“, sagt IGB-Generalsekretär Luc Triangle. „Wir beobachten eine Zunahme von Autoritarismus, rechtsextremen Ideologien, schädlichem Einfluss von Unternehmen auf die Politik und die Untergrabung von Arbeitnehmer\*innenrechten.“ Wo rechte oder autoritäre Regime Fuß fassen, folgt stets ein Angriff auf Freiheitsrechte und Gewerkschaftsarbeit. Um die Verteidiger\*innen dieser Rechte zu unterstützen, hat der IGB die Kampagne „Für Demokratie“ aufgelegt. →

### Inhalt

#### Die Verteidigung der Demokratie

Gewerkschaften im Kampf gegen rechte Übernahme .....	S.1
Der Kommentar: Globaler sozialer Fortschritt braucht ein soziales Europa .....	S.3
Brasilien: Wiederaufschwung nach dem rechtsextremen Populismus .....	S.4
Mexiko: Radikaler Wechsel – noch vor allem auf dem Papier .....	S.5
Argentinien: »Mit dieser Regierung gibt es keinen Dialog« .....	S.6

#### Aus den Projekten

Uganda: Gemeinsam für sichere Grundversorgung und Gute Arbeit .....	S.7
---	-----

#### In Kürze

Weltweite Schuldenkrise wächst	
Neuer Anlauf zu Textilabkommen mit KiK	
Milliardenprofite aus Zwangsarbeit	
Filmtipp: Ein Traum von Revolution .....	S.8
Impressum .....	S.8

Angriffe auf die Rechte von Arbeitnehmenden nehmen überall zu, das dokumentiert der Globale Rechtsindex des IGB. Im Jahr 2023 erreichten die Verstöße neue Höchstwerte: 87 Prozent der Länder verletzen das Streikrecht, 79 Prozent das Recht auf Tarifverhandlungen. Diese Angriffe und der Anstieg wirtschaftlicher Ungleichheit und Unsicherheit sind nach Überzeugung des IGB die Hauptursachen für öffentliche Unzufriedenheit. Sie bieten rechtsextremen Gruppen einen fruchtbaren Boden.

In etlichen Ländern sind extrem rechte Parteien oder Rechtspopulist\*innen bereits an die Macht gekommen – wie in Argentinien oder Italien. In anderen droht ein Rechtsruck, etwa mit der möglichen erneuten Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Auch in Indien oder Tunesien ist die politische Lage prekär.

„Neu an dieser globalen Demokratiekrise ist, dass es kein Nord-Süd-Gefälle gibt“, sagt Carolin Vollmann, Experte für Internationale Gewerkschaftspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Früher galten die Staaten des Nordens als stabil. „Die Polarisierung hat auch in Deutschland zugenommen“, sagt Vollmann. Bei den Wahlen im Herbst in Sachsen, Thüringen und Brandenburg könnte die extrem rechte AfD einen großen Zuwachs bekommen. Auch hier stellen sich die Gewerkschaften dem drohenden Rechtsruck entgegen.

»Wo Demokratie erfahren wird, wird sie auch gewertschätzt.«

Mirko Herberg, FES

Der IGB hat die Kampagne „Für Demokratie“ im vergangenen Dezember beschlossen. Im März startete er mit einem Webinar, bei dem Teilnehmende aus Finnland, Nigeria, den USA, den Philippinen und Argentinien über politische Bedrohungen für die Demokratie und die Auswirkungen auf die Gewerkschaften berichteten. April, Juni und September sind Schlüsselmonate für die Kampagne.

Im April steht unter anderem die Reform der internationalen Finanzinstitutionen wie IWF/ Weltbank im Vordergrund. Im Juni geht es um die Verteidigung der Arbeitnehmer\*innenrechte, dann wird der IGB den Globalen Rechtsindex 2024 veröffentlichen. Auf die Reform internationaler Strukturen rund um den UN-Zukunftsgipfel konzentriert sich die Kampagne im September.

Der IGB fürchtet, dass ein Rechtsruck in vielen Ländern auch Auswirkungen auf Gremien wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat, eine Sonderorganisation der UN. Die ILO ist wichtig, weil sie internationale Mindeststandards bei Arbeitsrechten festlegen kann. Sollte



Foto: The International Trade Union Confederation (ITUC)

Kampagne gegen den Rechtsruck, Infos unter: <https://www.ituc-csi.org/ituc-launches-for-democracy-campaign?lang=en>

die Gruppe nationalistischer und autoritärer Regierungen wachsen, wird das schwerer fallen. „Wenn der Anteil demokratischer Länder in der UN abnimmt, ist es schwieriger, progressive Resolutionen durchzusetzen“, sagt Mirko Herberg, Leiter der Abteilung Internationale Gewerkschaftspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Zwar wird der Verwaltungsrat nur alle drei Jahre neu gewählt, aber bei der jährlichen Internationalen Arbeitskonferenz sind die neuen Regierungen sofort stimmberechtigt.

Auch die transnationale Gewerkschaftsarbeit wird durch Verschiebungen nach rechts beeinträchtigt, sagt Herberg. Das gilt etwa bei grenzüberschreitender Arbeit im Zuge des neuen Lieferkettengesetzes – ein Instrument, mit dem die Hoffnung verbunden wird, Arbeitsstandards im Globalen Süden deutlich verbessern zu können. „Ein weiterer Rechtsruck würde bedeuten, dass dieses Instrument deutlich abgeschwächt werden könnte“, sagt er. Viele Länder hätten sich auf den Weg gemacht, etwas zu verbessern. „Dieser Prozess ist in Gefahr.“

Sollte es bei den kommenden Europawahlen zum befürchteten Erstarken rechter und rechtspopulistischer Parteien kommen, wird es künftig auch noch schwieriger, fortschrittliche Regeln auf EU-Ebene durchzusetzen, erwartet Herberg. Ein wichtiger Schritt gegen den Rechtsruck ist seiner Überzeugung nach, dass Gewerkschaften um Mitbestimmung kämpfen und Beschäftigte organisieren. „Wo Demokratie erfahren wird, wird sie auch gewertschätzt“, sagt er.

In Ländern wie Argentinien ist zu sehen, wie schnell die Wahl eines rechtspopulistischen Kandidaten fatale Folgen hat. Der Ende 2023 gewählte Präsident Javier Gerardo Milei versucht

seit seiner Amtsübernahme, staatliche Institutionen und Leistungen rasch und rabiata abzubauen. Er schränkt Arbeits- und Freiheitsrechte ein, kürzt staatliche Hilfen und hebt Preiskontrollen auf – trotz einer immensen Inflation bei nicht entsprechend gestiegenen Löhnen.

„Argentinien ist ein Laboratorium für eine neue Idee von Sozial- und Wirtschaftspolitik, die es in dieser Radikalität noch nicht gegeben hat“, sagt Svenja Blanke, Leiterin des FES-Büros in Argentinien. Der Widerstand gegen Milei ist groß, mit Großdemonstrationen und Generalstreiks kämpfen die Verteidiger\*innen der Demokratie gegen seine Vorhaben. „Die Gewerkschaften sind ein Bollwerk und ein wichtiger Partner für andere Bewegungen, um das bisher Erreichte zu schützen“, sagt sie. „Argentinien ist eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, die noch starke Gewerkschaften haben.“ Da Milei keine parlamentarische Mehrheit hat, kann er immerhin nicht all seine Pläne einfach umsetzen. (siehe Seite 6)

Eines könnten Demokrat\*innen in anderen Ländern aus der Erfahrung in Argentinien lernen, meint Blanke. Man müsse rechtspopulistische Kandidat\*innen und ihre Ankündigungen ernst nehmen, mögen sie auch noch so skurril oder lächerlich wirken. Blanke: „Wir müssen uns vorstellen können, dass sie gewählt werden, sonst haben wir schon verloren.“

 Autorin: Anja Krüger ist Journalistin und lebt in Berlin.

# Globaler sozialer Fortschritt braucht ein soziales Europa

Foto: flickr / Alistair Lyne, UNDP Somalia (CC BY-NC-ND 2.0 Deed)



Europa kann Standards setzen, damit junge Menschen überall gut arbeiten können – etwa mit der Lieferkettenrichtlinie

**Das EU-Parlament wird gewählt. Ist das wichtig? Ja, denn die Wahlen entscheiden darüber, wie demokratisch, sozial und nachhaltig Europa künftig aufgestellt ist. Und sie bestimmen, wie fair und solidarisch die Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden sein kann – und damit über Leben und Chancen der dort Arbeitenden.**

In vielen Ländern sehen wir eine Abkehr von der Idee der liberalen Demokratie. Während in europäischen Staaten teilweise rechtsnationale Regierungen die Abkehr von Zusammenarbeit und Solidarität proben, sieht es im Globalen Süden oft ähnlich aus: Schwellenländer mit und ohne populistische Rechtsregierungen wenden sich von der EU ab und suchen den Schluss mit autokratischen Regimen wie China und Russland. Die Vorteile der liberalen Demokratie geraten ins Hintertreffen, auch weil Europa soziale Herausforderungen auf dem eigenen Kontinent nicht oder nicht schnell genug in den Griff bekommt.

Die Europäische Union muss die Partnerin sein, auf die Länder im globalen Süden bauen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wie lässt sich eine solidarische Zusammenarbeit auf Augenhöhe umsetzen?

Dazu kann auch ein europäisches Lieferkettengesetz beitragen. Denn anders als von Konservativen und Liberalen vermutet, ist ein faires Lieferkettengesetz keine westliche Großzügigkeit. Es geht auch nicht um linke Wirtschaftsfreundlichkeit, von der andere gerne träumen. Im Gegenteil: Ein faires, europäisches Lieferkettengesetz kann die gegenseitigen Handelsbeziehungen stärken, sichern und nachhaltiger gestalten.

Dass die EU-Mitgliedsländer sich jetzt endlich auf ein Lieferkettengesetz geeinigt haben, lässt aufatmen. Der beschlossene Gesetzestext lässt gegenüber den ersten Entwürfen jedoch deutlich Federn. Das liegt vor allem an der Blockadehaltung der FDP und damit Deutschlands.

Betriebe müssen Verantwortung für ihre Zulieferer übernehmen. Als Volkswirtschaft Europa müssen wir Verantwortung für globale Zusammenhänge übernehmen, anstatt uns dieser Verantwortung zu entziehen. Europa muss vorweg gehen – und andere Regionen dazu anspornen, sich mit auf den Weg zu gerechterem Handel(n) zu machen.

Allerdings: Verständnis für Lieferkettengesetze und globale Solidarität kann nur erreicht werden, wenn die EU ihre Hausaufgaben auf dem eigenen Kontinent macht. Die Transformation unserer Wirtschaft muss ein Gemeinschaftsprojekt sein. Denn die sozial-ökologische Transformation ist nicht nur notwendig, sondern kann auch das Werkzeug sein, Ungerechtigkeiten zu beenden. Die Energiewende und die Förderungen von Innovation in besonders betroffenen Regionen der Transformationen wollen finanziert werden. Es braucht eine EU, die erkennbar als Vorbild vorschreitet. Ein Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist überfällig.

Wenn wir in Zukunft eine Europäische Union wollen, die sich glaubhaft globalen Fragen widmen kann, müssen die sozialen Herausforderungen in Europa gelöst werden. Als Bundesjugendsekretär der DGB-Jugend erlebe ich, welche Hoffnungen Jugendliche in die Europäische Union setzen. Leider wurden diese Hoffnungen allzu oft enttäuscht. Mit den Errungenschaften der früheren Jahrzehnte lässt sich heute niemand mehr begeistern.

Diese Aufgabe muss Europa annehmen. Dafür ist es nötig, die Wirtschafts- und Arbeitszusammenhänge in der EU gerecht zu gestalten. Privatisierungen von Schlüsselbetrieben sowie öffentlichen Einrichtungen müssen von der Regel zum Tabu werden. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass Europa gerade junge Menschen begeistern kann. Davon ist den letzten Jahren wenig zu spüren.

Die Lösung zentraler Herausforderungen kann das Vertrauen in Europa stärken. Europa muss sozialer werden. Konkret heißt das, dass die EU-Mindestlohnrichtlinie schnell umgesetzt werden muss. Von einem höheren Mindestlohn und mehr Tarifbindung werden auch Beschäftigte in Deutschland profitieren. Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss Realität werden. Die Ausbeutung von Arbeitsmigrant\*innen muss enden, damit die EU der starke Motor für sozialen Fortschritt werden kann.

»Ein soziales Europa ist nur ohne Schwarze Null und Schuldenbremsen zu machen.«

Viele junge Menschen können mit Erasmus Europa kennenlernen und im Ausland studieren. Für Auszubildende ist das oft mit hohen Hürden verbunden. Zwar besteht für sie die Möglichkeit, Erasmus-Förderung für Praktika im Ausland während der Ausbildung zu beantragen, die Umsetzung ist allerdings kompliziert. Schulen und Betriebe müssen in die Lage versetzt werden, Auszubildende dabei wirksam zu unterstützen. Wenn diese Maßnahmen umgesetzt werden, gewinnt Europa. Junge Menschen müssen von Europa profitieren, egal welchen Bildungsweg sie nehmen.

Ein soziales Europa ist nur ohne Schwarze Null und Schuldenbremsen zu machen. Ein Ende der Sparpolitik und die Einführung einer europaweiten Transaktionssteuer können die Mittel freisetzen, die für so eine Politik benötigt werden. Das Geld ist da – es muss nur gerechter verteilt werden.

Bei der Europawahl am 9. Juni kommt es darauf an, Europa sozial zu gestalten, damit Europa wiederum sozialen Fortschritt global gestalten kann.



Autor: Kristof Becker ist Bundesjugendsekretär der DGB-Jugend.



Foto: Joerg Fayts

# Wiederaufschwung nach dem rechtsextremen Populismus

**Die Angriffe des Temer- und des Bolsonaro-Regimes haben die brasilianischen Gewerkschaften nicht entmutigen können. Stattdessen haben sie ihre Lehren gezogen und sich neu erfunden. Geholfen haben die Politisierung der Arbeitenden, langer Atem und internationale Solidarität.**

Soziale Themen stehen in Brasilien wieder auf der öffentlichen Agenda. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat die Verminderung der Ungleichheit und den Kampf gegen Hunger ganz oben auf die Tagesordnung des diesjährigen G20-Gipfeltreffens gesetzt, dessen Gastgeber er ist. Und die

der anstehenden Veränderungen wie Energiewende oder Digitalisierung werden.“

Solche Übereinstimmungen wie auch den Optimismus von Antônio Lisboa hat es in Brasilien viele Jahre lang nicht gegeben. Erst seit Januar 2023 hat der frühere Gewerkschafter Lula das Präsidentenamt wieder inne, nachdem er die Wahl sehr knapp gegen den Rechtsextremisten Jair Bolsonaro gewonnen hatte. Bolsonaro hatte Brasilien in seinen vier Regierungsjahren auf einen streng neoliberalen Kurs gebracht und war mit Fakenews sowie fragwürdigen Gesetzesinitiativen gegen Gewerkschaften und soziale Bewegungen vorgegangen.

eingeläutet hatte. Temer brachte gleich nach seiner Amtsübernahme eine Arbeitsrechtsreform auf den Weg, die die Rechte von Arbeitnehmenden mittels Flexibilisierungen bis heute beschneidet. Zudem griff die Reform in die Finanzierung gewerkschaftlicher Arbeit ein, so dass den Vertretungen der Arbeitnehmenden rund 80 Prozent ihrer Einnahmen wegbrachen.

»Wir müssen immer  
in Habachtstellung sein.«

Gewerkschafter Lopes

Auch für Lopes ist Lulas dritte Amtszeit ein Grund für Optimismus. „Die Demokratie ist zurück und Dialog wieder möglich.“ Doch Realismus sei jetzt wichtig, denn Lula habe keine Mehrheit im Kongress und sei deswegen gezwungen gewesen, viele rechte Minister in sein Kabinett aufzunehmen. „Nach 14 Monaten Lula gibt es bereits viele kleine Fortschritte, wir sind also auf dem richtigen Weg. Aber wir müssen noch viel mehr erreichen, und dafür müssen wir weiterkämpfen“, sagt der Metallgewerkschafter.

Auch der im Februar erschienene Gewerkschaftsmonitor der Friedrich Ebert Stiftung (FES) bescheinigt der Lula-Regierung erste Erfolge im Bereich Arbeitspolitik. Etwa die Erhöhung des Mindestlohnes sowie Maßnahmen gegen Sklaverei ähnliche Arbeitsverhältnisse, die in dem südamerikanischen Land immer wieder Schlagzeilen machen. Zugleich konstatiert die FES, dass die Gewerkschaftslandschaft hoch fragmentiert ist und bislang noch kein Rezept gegen die seit Jahren bestehende Deindustrialisierung gefunden habe.

Stolz ist Lopes auf die Widerständigkeit der brasilianischen Gewerkschaften: „Es ist ihnen gelungen, sich neu zu erfinden!“ Sie hätten erkannt, dass es für gewerkschaftliche Aktivität keine Komfortzonen gebe, nicht unter rechten, aber auch nicht unter linken Regierungen. „Auch wenn wir die Wahl Lulas aktiv unterstützt haben, müssen wir immer in Habachtstellung sein. Was wir erreichen, hängt ausschließlich von uns ab, geschenkt bekommen wir nichts“, sagt Lopes.

Einen langen Atem haben ist denn auch sein Rat an gewerkschaftliche Kolleg\*innen in anderen Ländern. Es sei wichtig, stets Autonomie gegenüber Regierungen und Parteien zu wahren, auf die Organisierung der Arbeitenden zu setzen und auf eine Politisierung derjenigen, deren Rechte auf dem Spiel stehen, sagt Lopes. „Und ganz wichtig ist internationale Solidarität – die haben wir in Brasilien während der sechs schwierigen Jahre sehr intensiv wahrgenommen.“



Bei den Protesten gegen die Politik von Ex-Präsident Bolsonaro waren die Gewerkschaften immer ganz vorne dabei

Gewerkschaften nutzen die Struktur dieses Regierungsdialogs der 20 größten Wirtschaftsnationen. Bei der Auftaktveranstaltung der Labour 20-Arbeitsgruppe (L20) in São Paulo forderten sie Ende März einen „neuen Sozialpakt“ und eine „neue Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft“, um eine gerechte und nachhaltige Welt zu schaffen.

„Wir erwarten, dass unsere Positionen bei den Debatten ernst genommen werden und auch Eingang in das G20-Abschlussdokument finden“, erklärt Antônio Lisboa, Sekretär für internationale Beziehungen des brasilianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT (Central Única dos Trabalhadores). Als Koordinator der L20-Gruppe in Brasilien betont er, dass die Interessen der Gewerkschaften und die Agenda der Regierung im Kontext der G20 viele Parallelen aufweisen. „Diese Übereinstimmung müssen wir nutzen, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht die Leidtragenden

Fernando Lopes erinnert diese Zeit als „brutalen Angriff“ auf alle Arbeitenden: „Ziel war die Zerstörung von sozialen Rechten, der gewerkschaftlichen Organisierung und aller Dialogmöglichkeiten.“ Lopes ist Ingenieur beim Stahlkocher Gerdau im nordbrasilianischen Bundesstaat Bahia und seit über 35 Jahren im Dachverband der Metallgewerkschaften CNM (Confederação Nacional dos Metalúrgicos) sowie noch nicht ganz so lange auf internationaler Ebene bei IndustriALL aktiv.

Die Rückschritte in seinem Land hätten bereits 2016 begonnen, sagt Lopes. Damals wurde Präsidentin Dilma Rousseff durch einen parlamentarischen Putsch gestürzt und durch den konservativen Michel Temer ersetzt. Damit setzte eine breite Allianz rechter Kräfte den 14 Regierungsjahren der Arbeiterpartei PT ein Ende, die Lula 2003 mit seinen ersten beiden Amtszeiten

Autor: Andreas Behn lebt seit mehr als 15 Jahren in Brasilien und schreibt genauso lange über das Land.

# Radikaler Wechsel – noch vor allem auf dem Papier

Foto: Eneas De Troya/flickr CC BY 2.0 Deed



Wird sie Präsidentin und die Antikorruptionspolitik fortsetzen? Claudia Sheinbaum beim Auftakt ihrer Wahlkampagne

**In den vergangenen vier Jahren hat der linke Präsident Andrés Manuel López Obrador begonnen, das Arbeitsrecht in Mexiko zu verbessern und die Gewerkschaften zu demokratisieren. Bei den nun anstehenden Wahlen kommt es darauf an, eine\*n Nachfolger\*in zu finden, der\*die diesen Weg fortsetzt.**

Es war der erste Streik, den das Audi-Werk im süd-mexikanischen Bundesstaat Puebla erlebte: Fast einen Monat lang legten die Beschäftigten Anfang des Jahres 2024 ihre Arbeit nieder, bis sich die Unternehmensleitung Mitte Februar auf eine Lohnerhöhung von 10,2 Prozent einließ. Zwei Drittel der Arbeiter\*innen entschieden sich in einer Abstimmung dafür, den Vorschlag anzunehmen. Damit gab die unabhängige Gewerkschaft Sitaudi die Marschroute für zahlreiche Beschäftigte Mexikos vor. Denn die Fahrzeugindustrie gilt bei vielen Arbeitskämpfen als Orientierung.

Auch Präsident Andrés Manuel López Obrador sprach von einer „sehr guten Nachricht“. In dem Streik hätten sich die Regeln des neuen Handelsabkommens zwischen Kanada, USA und Mexiko (T-Mec) positiv niedergeschlagen, betonte der linke Staatschef. Der 2020 in Kraft getretene Vertrag verpflichtete seine Regierung zu Änderungen im Arbeitsrecht und einer Demokratisierung der Gewerkschaften. Nach einer Arbeitsreform dürfen Beschäftigte nun ohne Einmischung der Arbeitgeber\*innen entscheiden, welcher Gewerkschaft sie beitreten. Zudem muss die Regierung sicherstellen, dass die Arbeiter\*innen hinter ihren Vertreter\*innen stehen, Einblick in

ausgehandelte Kollektivverträge haben und per Abstimmung über diese entscheiden können.

Angesichts der langen Geschichte von Gewerkschaften, deren Vorsitzende im Interesse der Unternehmensleitung agierten und Millionengelder veruntreuten, erscheinen die Vorgaben geradezu revolutionär. Über viele Jahrzehnte hinweg waren die Verbände in ein korporatistisches System eingebunden, in dem die Staatspartei PRI, Arbeiter- und Bauernorganisationen, Unternehmen sowie Militärs Hand in Hand und äußerst korrupt das Land regierten. López Obrador hat den Kampf gegen die Korruption ganz oben auf seine Agenda gesetzt. Auch deshalb resümierte er nach Abschluss des T-Mec-Abkommens: „Was vereinbart wurde, ist gut für Mexiko.“

**Gewinnt Sheinbaum die Wahl, wird sie als erstes weibliches Staatsoberhaupt den alten Mächtigen in den Gewerkschaften die Stirn bieten müssen.**

Über fünf Jahre ist der Linkspolitiker bereits im Amt, und noch immer stehen knapp 60 Prozent der Bevölkerung hinter ihm. Da die Verfassung keine zweite Amtszeit vorsieht, kann López Obrador nicht mehr antreten, wenn am 2. Juni ein neues Staatsoberhaupt gewählt wird. Doch dank seiner Popularität hat die Kandidatin seiner Morena-Partei, Claudia Sheinbaum, mit Abstand die größten Gewinnchancen. Dafür ist neben seiner populistischen Rhetorik, mit der er sich als Kämpfer gegen „die da oben“, die „korrupten

Konservativen“, darstellt, sein sozialpolitischer Kurs verantwortlich. So ließ er den Mindestlohn um 110 Prozent erhöhen und sorgte dafür, dass alleinerziehende Frauen, Familien mit Personen mit Behinderung sowie Menschen über 65 Jahre finanzielle Unterstützung erhalten.


Die Gewerkschaften spielen in dieser Entwicklung eine ambivalente Rolle. Manche stehen immer noch der ehemaligen Staatspartei PRI nahe, andere Morena. Vor allem in den großen nationalen Verbänden dominieren weiterhin alte Strukturen. Das nutzt auch Morena, deren Politiker\*innen oft dem korporatistischen PRI-System entstammen.

So stellt sich die Gewerkschaftsführung des parastaatlichen Erdölunternehmens Pemex im Wahlkampf hinter Sheinbaum. Der Leiter der Lehrgewerkschaft SNTe tritt sogar als Kandidat der Partei für den Senat an. Das führt dazu, dass die Verbände mit großen Kontingenten an Sheinbaums Wahlkampfveranstaltungen teilnehmen. Ob die Gewerkschafter\*innen aus freien Stücken erscheinen, ist nicht ausgemacht. Auch heute noch ist es in vielen Verbänden üblich, dass Kredite oder Sozialleistungen an entsprechende Loyalität gebunden sind.

Da die Gewerkschaftsführer\*innen jahrzehntelang vor allen in die eigene Tasche gewirtschaftet haben, sind viele Arbeiter\*innen skeptisch. „Sie wissen nicht, zu was die Gewerkschaften gut sein sollen, weil sie bislang zu nichts getaugt haben“, resümiert Politikwissenschaftlerin Graciela Bensusán. Zugleich bemühten sich Unternehmer\*innen weiterhin, die Verbände wie früher zu kontrollieren.

Über die Hälfte der Arbeitenden ist obendrein im informellen Sektor tätig, nicht sozial- oder rentenversichert und verfügt über keine verbrieften Arbeitsrechte. Für diese Menschen sind López Obradors Sozialleistungen bedeutsamer als gewerkschaftliche Freiheiten und Tarifvereinbarungen. Dennoch sind sich viele Expert\*innen einig, dass die Morena-Regierung mit der Arbeitsreform richtige Schritte gegangen ist. „Der institutionelle Wechsel ist auf dem Papier radikal, auch wenn er in der Realität noch nicht umgesetzt wurde“, erklärt Bensusán.

Sollte Sheinbaum die Wahl gewinnen und diesen Weg weitergehen, wird sie als erstes weibliches Staatsoberhaupt nicht nur den Unternehmer\*innen, sondern auch den alten Mächtigen in den Gewerkschaften die Stirn bieten müssen.

 Autor: Wolf-Dieter Vogel ist Journalist, er lebt und arbeitet in Mexiko.

# »Mit dieser Regierung gibt es keinen Dialog«



Foto: Jürgen Vogt

„Eigentlich müsste die Verteilung des Reichtums zur Debatte stehen.“ – Adolfo Aguirre

**In Argentinien wird der gewerkschaftliche Organisationsgrad auf 35 Prozent der arbeitenden Bevölkerung geschätzt – so hoch wie in ganz Amerika sonst nur in Brasilien und Uruguay. Doch auf den Präsidenten, den Rechtspopulisten Javier Milei, könnten die Gewerkschaften nicht zählen, wohl aber auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen, Studierende und Kirchen, sagt Gewerkschafter Adolfo Aguirre.**

**Nord | Süd news: Adolfo Aguirre, der libertäre argentinische Präsident Javier Milei war gerade 45 Tage im Amt, als die Gewerkschaften am 24. Januar ihren ersten Generalstreik machten. Wieso ging das so schnell?**

**Adolfo Aguirre:** Der Präsident hat ein Dekret mit Änderungen und Reformen erlassen, das de facto auf eine Verfassungsreform hinausläuft. Ein Kapitel schränkt nicht nur das Streikrecht und die Gewerkschaftsfreiheit ein. Es sieht auch Änderungen vor, die gegen internationale Normen und Abkommen verstoßen, die Argentinien als Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert hat. Derzeit ist dieses Kapitel durch eine einstweilige Verfügung außer Kraft. Das ist zunächst ein Etappensieg. Jetzt muss der Oberste Gerichtshof die Verfassungsmäßigkeit überprüfen.

**Dennoch scheinen die Gewerkschaften in der Defensive. Milei hat verlangt, in Ministerien, Behörden, staatlichen Einrichtungen 15 Prozent der Stellen zu streichen. Behörden oder Institute werden geschlossen oder auslaufende Verträge nicht verlängert.**

Nach einem Regierungswechsel wird immer ein Teil des Personals ausgetauscht, und wichtige

Posten werden mit den eigenen Leuten der neuen Regierung besetzt. Das ist zunächst nichts Ungewöhnliches. Dazu hat es immer einen Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften gegeben. Die Lösung bestand in der Regel darin, die Arbeitsplätze mittels einer befristeten Verlängerung der Arbeitsverträge zu erhalten. Mit dieser Regierung gibt es keinen Dialog, weder mit Präsident Milei noch mit den einzelnen Ministerien.

**Warum verweigert die Regierung den Dialog?**

Mileis rigorose Sparpolitik und sein Hass auf alles Staatliche machen es unmöglich. Der Präsident nutzt sie zugleich, um Angst zu verbreiten und Solidaritätsaktionen zu verhindern. Niemand weiß, ob er auf der Kündigungsliste steht, denn die Betroffenen erfahren erst mit dem Kündigungsbescheid, dass sie nicht mehr beschäftigt sind. Für die Gewerkschaften geht es jetzt darum, diesen Konflikt mit Protestaktionen öffentlich sichtbar zu machen.

**Gewerkschafter\*in zu sein, ist oft gefährlich. Wie ist das in Argentinien?**

Während der letzten Militärdiktatur 1976 bis 1983 war die Aggression der dominanten Klasse direkt auf die Eliminierung der Gewerkschaften gerichtet. Die Zahl der Opfer ist hoch. Es wird geschätzt, dass 60 Prozent der Verschwundenen Gewerkschafter\*innen oder Gewerkschaftsmitglieder waren. Seit der Rückkehr zur Demokratie wurde das Kräftenessen in Arbeitsrechts- oder Tarifkonflikten ohne Kugeln, ohne Verfolgung, aber auch ohne Stigmatisierung geführt. Unter der neuen Regierung nehmen jedoch die Angriffe gerade in Form von Stigmatisierungen zu.

**2023 feierte Argentinien den 40. Jahrestag der Rückkehr zur Demokratie. Seit 1983 ist das Militär zurück in den Kasernen. Wahlergebnisse werden anerkannt und haben wiederholt zu Regierungswechseln geführt. Ist die Demokratie inzwischen gefestigt?**

Die Bevölkerung hat Regierungen ins Amt gewählt und auch wieder abgewählt. Dennoch, egal wer die jeweilige Wahl gewinnt, die Sieger sind immer die wirklichen Eigentümer des Reichtums des Landes, die Bergbauunternehmen und die Agrarexporteure. Auch wenn es im Laufe der Jahre Änderungen gegeben hat, wurde das nie in Frage gestellt. In einem Land, in dem mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt und die Arbeitslosigkeit steigt, müsste die Verteilung des Reichtums zur Debatte stehen.

**Und doch hat Javier Milei die Präsidentschaftswahl gerade mit den Stimmen aus den ärmeren Schichten gewonnen.**

Ich hätte mir nie vorstellen können, dass wir eines Tages von einem selbsternannten Anarchokapitalisten regiert werden würden. Offensichtlich gibt es aber einen Wandel in der Bevölkerung, die bei der letzten Wahl eine Linie überschritten hat, die sie vor einigen Jahren noch nicht überschritten hätte. Die These, dass sich das Volk niemals irrt, eignet sich offensichtlich nicht für die Epoche, in der wir leben.

**Auf welche Verbündeten können die Gewerkschaften zählen?**

Vor allen auf die kleinen und mittelständischen Unternehmer. Sie sind weder Spekulanten noch Exporteure, und ihre Unternehmen produzieren in der Regel für den heimischen Markt. Sie schaffen Arbeit, und zwar gewerkschaftlich organisierte Arbeit. Das ist ein starkes Bündnis. Dazu kommen die Organisationen der Studierenden. Und wir haben einen guten Dialog mit der Kirche, vor allem dort, wo es um soziale Ungleichheit geht, denn wir alle wollen soziale Gerechtigkeit.



Interviewer: Gewerkschafter Adolfo Aguirre ist Sekretär für internationale Beziehungen und Koordinator für Industriearbeiter beim Gewerkschaftsdachverband „Central de Trabajadores de la Argentina Autónoma“ (CTAA), in dem hauptsächlich informelle Arbeiter und Arbeitssuchende organisiert sind.

Interviewer: Jürgen Vogt ist Journalist und lebt in Buenos Aires.

# Gemeinsam für sichere Grundversorgung und Gute Arbeit



Foto: PSI

Kampagne für Gute Arbeit im Abfallsektor Kenias: Arbeiter\*innen mit Schutzausrüstung

**Wenn in Uganda wieder einmal der Strom ausfällt oder der Müll in den Straßengräben verrottet – dann hat das auch damit zu tun, dass diese Dienstleistungen vor Jahrzehnten privatisiert wurden. Das DGB Bildungswerk unterstützt ein Projekt, das hier und in anderen afrikanischen Ländern Bedingungen für Gute Arbeit entwickeln will.**

In Ugandas Hauptstadt Kampala sammelt sich überall entlang der Straßen Müll in den Abflüssen. In der Regenzeit wird er zur tödlichen Falle: Denn sobald nach einem Schauer die Wassermassen die Hügel hinunter donnern, verstopft der Unrat die Kanalisation. Straßen werden überschwemmt, Autos und Fußgänger davon gespült. Der Müll sei die Hauptursache für zahlreiche Todesfälle in den urbanen Zentren des Landes, erklärte kürzlich die Umweltbehörde NEMA. Die Lage bei der Müllentsorgung, die ursprünglich einmal eine staatliche Aufgabe war – unhaltbar.

Wie andere Länder Afrikas durchlebte Uganda in den 1980er Jahren eine Schuldenkrise. Der Staat, bankrott durch weltweit hohe Ölpreise und einen internen Bürgerkrieg, konnte sich seine eigenen Beamt\*innen nicht mehr leisten. Internationale Kreditinstitute wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds bestanden darauf, dass Uganda und andere Staaten Teile ihrer Dienstleistungen privatisierten, um diese kosteneffizienter zu machen.

In Uganda traf es 1999 zunächst die Stromversorgung. Ausländische Investoren kamen ins Land, die nicht nur die Stromgewinnung, sondern auch den Vertrieb in ihre Hände nahmen. Die Kosten legten sie langfristig auf ihre

Kund\*innen um: Zum Zeitpunkt der Privatisierung kostete eine Einheit Strom rund 300 ugandische Schilling, derzeit sind es 900 Schilling.

Weil Investitionen etwa in neue Leitungen in die Armenviertel oder in die abgelegenen Dörfer auf dem Land ausblieben, musste die Regierung sogenannte Trust Fonds aufsetzen. Allein zwischen 2005 und 2012 subventionierte sie die Privatunternehmen so mit umgerechnet insgesamt 600 Millionen US-Dollar allein im Stromsektor. Mittlerweile wird hier mehr als genug Strom für die gesamte Bevölkerung produziert, doch nicht einmal die Hälfte des Landes verfügt über Leitungen. So muss ein Großteil der Energie in die Nachbarländer exportiert werden, um das Netz nicht zu überlasten – eine absurde Situation. Deswegen hat die Regierung 2022 einen Teil der Privatisierung zurückgenommen.

Die Schmutzarbeit wird zu Dumpingpreisen outgesourced, etwa an alte Witwen, die keine Rente haben.

Ziel der privaten Investoren sei es nur gewesen, den Profit zu erhöhen, entsprechend schlecht seien auch die Bedingungen der dort Beschäftigten, die teilweise Wiederverstaatlichung sei deshalb „ein großer Erfolg, nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für alle Ugander, denn jeder ist ein Stromkonsument“, sagt Everline Aketch. Aketch ist bei Public Services International (PSI) zuständig für die Projekte im englischsprachigen Afrika. PSI wiederum ist der

globale Verbund von mehr als 700 Gewerkschaften der Öffentlichen Dienste, die über 30 Millionen Mitglieder in 154 Ländern vertreten – und Partner des DGB Bildungswerks.

In einem gemeinsamen Projekt arbeiten sie mit den lokalen Gewerkschaften aus den Sektoren Wasser, Strom und Müll in Botswana, Kenia, Nigeria und eben Uganda daran, die Arbeitsbedingungen transparent zu machen und zu verbessern. Sie erstellen Materialien für Kampagnen und Bildung, unterstützen sie bei Lobby-Strategien. Zudem vernetzen sie die verschiedenen Organisationen national und international untereinander und mit anderen, noch nicht oder nicht mehr organisierten Beschäftigten entlang der Wertschöpfungsketten, aber auch mit staatlichen Stellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Gemeinsam entstanden so Kampagnen „für eine für alle verfügbare Grundversorgung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen“ in den dafür zuständigen Sektoren.

Dabei wurde vor allem offensichtlich, wie unterschiedlich die Arbeitsbedingungen waren. Die ugandischen Wasser- und Abwasserbetriebe sind noch vollständig in öffentlicher Hand, sie wurden nie privatisiert. Dort sind die Beschäftigten fast zur Hälfte in Gewerkschaften organisiert und verfügen über Schutzausrüstung wie Helme, Handschuhe, Arbeitskleidung. Im Abfallsektor sieht das anders aus. Die Arbeiter\*innen sind kaum organisiert, Ausrüstung ist Mangelware. Die Müllentsorgung ist seit 2001 fast vollständig privatisiert.

Die Schmutzarbeit auf den Straßen oder das Säubern der Fahrbahnränder wird meist zu Dumpingpreisen an prekäre Menschen outgesourced: an alte Witwen, die keine Rente haben, an junge Männer ohne Schulabschluss, die Müll ohne Handschuhe einsammeln müssen, Menschen, die sich ohnehin am unteren Ende der Gesellschaft befinden. „Und sie werden dann auch noch ausgebeutet, ohne ein Minimum an Schutzkleidung“, so Aketch.

Dabei setzen in Anbetracht des Klimawandels und des hohen Ressourcenverbrauchs internationale Geldgeber immer mehr auf Recycling. „Wenn die Regierung hier in Technologie investieren würde, die Recycling ermöglicht und durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen diese Jobs attraktiver machen würde, dann wäre das Land automatisch auch viel sauberer“, so Aketch.

 Autorin: Simone Schindwein ist Journalistin, sie lebt und arbeitet in Kampala.

## Weltweite Schuldenkrise wächst



Länder des Globalen Südens müssen so viel Geld an ausländische Gläubiger zahlen wie noch nie zuvor. Das zeigt der Schuldenreport 2024 vom katholischen Hilfswerk Misereor und dem deutschen

Entschuldigungsbündnis [entschuldigtes-buendnis.de](https://www.entschuldigtes-buendnis.de). 130 von 152 untersuchten Ländern sind demnach weltweit kritisch verschuldet, 24 von ihnen sogar sehr kritisch. „In 45 Staaten fließen mehr als 15 Prozent der Staatseinnahmen in den Schuldendienst“, erklärte Kristina Rehbein, Politische Koordinatorin des Entschuldigungsbündnisses [entschuldigtes-buendnis.de](https://www.entschuldigtes-buendnis.de). Insgesamt müsse der Globale Süden dieses Jahr 487 Milliarden US Dollar an Zinsen zahlen – mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Tag. Dringend notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz seien darum massiv erschwert. „Die Gewährung ausreichender Schuldenerleichterungen ist eine zentrale Voraussetzung, um den drängendsten Herausforderungen dieses Jahrzehnts zu begegnen“, heißt es im Report.

 Schuldenreport: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/schuldenreport-2024.pdf>

## Neuer Anlauf zu Textilabkommen mit KiK

Der Nationale Gewerkschaftsverband Pakistans (NTUF) hat ein erstes Abkommen mit einem Zulieferer von KiK unterschrieben. Damit, so der Textilkonzern, wolle man seiner Verantwortung nach dem deutschen Lieferkettengesetz gerecht werden. Der Vertrag enthält Zusagen, die über das pakistanische Arbeitsrecht hinausgehen. So soll die Firma der Gewerkschaft während der Arbeitszeit Zugang zu den Beschäftigten gestatten, und beide Seiten verpflichten sich, ein gemeinsames Gremium zu gründen, um die Vereinbarung umzusetzen und Konflikte zu schlichten. Den Beschäftigten sollen der gesetzliche Mindestlohn, Kranken- und Unfallversicherung, Überstunden- und Feiertagszuschläge, 24 Tage bezahlter Urlaub und bezuschusstes Kantineessen garantiert werden. Mit diesem Abkommen sei der Textildiscounter ein „Vorreiter im Vergleich zu anderen Auftraggebern“, sagt Miriam Saage-Maaß vom Europäischen Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte (ECCHR).

„Der Wert bestünde auch darin, dass sich das Management der Zulieferfabrik auf die Kooperation mit einer Gewerkschaft einlassen muss.“ Nun müsse die Initiative allerdings auch umgesetzt werden. Skeptischer ist Gisela Burckhardt von der Organisation Femnet. Sie sagt: „In Pakistan wird viel unterschrieben, kaum aber etwas umgesetzt.“ Und weist darauf hin, dass der pakistanische Produzent gerade unrechtmäßig 144 Arbeiter\*innen entlassen und die Vertreter\*innen der Gewerkschaft bei einem Treffen in Anwesenheit des Agenten von KiK bedroht habe.

## Milliardenprofite aus Zwangsarbeit



Zwangsarbeit hört noch immer nicht der Vergangenheit an. Im Gegenteil: Sie bringt den Ausbeutenden immer mehr illegalen Profit. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt auf Basis von Zahlen

aus dem Jahr 2021, dass Ausbeuter pro Jahr derzeit umgerechnet rund 217 Milliarden Euro mit erzwungener Arbeit verdienen – 37 Prozent mehr als noch 2014. Zwei Drittel der Profite stammen demnach aus Zwangsprostitution. Die ILO definiert Zwangsarbeit als „jede Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung einer Strafe verlangt wird und für die sich diese Person nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“. Mit dem Profit ist die Differenz gemeint zwischen dem, was den Menschen gezahlt wurde, und dem, was ihnen eigentlich zugestanden hätte. Der Anstieg liegt laut der ILO sowohl an der wachsenden Zahl von Betroffenen als auch daran, dass pro ausgebeutetem Opfer mehr Gewinne erzielt werden. In Europa und Zentralasien sind diese derzeit am höchsten.

 ILO-Bericht: [https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_norm/---ipec/documents/publication/wcms\\_918034.pdf](https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---ipec/documents/publication/wcms_918034.pdf)

## Filmtipp: Ein Traum von Revolution

Als die sandinistische Befreiungsfront FSLN Ende der 1970er Jahre in Nicaragua die Revolution ausruft, schauen Linke in aller Welt voller Hoffnung auf das zentralamerikanische Land.

Die Bewegung um Daniel Ortega will das Regime des Anastasio Somoza stürzen, der sich mit Ach und Krach, viel Unterstützung der USA und Brutalität an der Macht hält. Sie verspricht Schluss

mit Ausbeutung und Staatsterror, her mit Bodenreform, kooperativem Wirtschaften und solidarischem Leben. Tausende Freiwillige reisen nach Nicaragua, um dort als sogenannte Brigadist\*innen beim Aufbau zu helfen. Auch junge Menschen aus beiden deutschen Ländern, darunter die Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), sammeln Geld, viele leisten vor Ort Aufbauhilfe, bohren Brunnen, bauen Häuser. Manche verlieben sich und bleiben. Andere kehren zurück, ein Leben lang solidarisch – teils auch noch, als aus dem revolutionären Anführer ein autoritärer Herrscher wird. Die Filmemacherin Petra Hoffmann, selbst in der Nicaragua-Solidarität aktiv, hat einen spannenden Dokumentarfilm über dieses Kapitel internationaler linker Geschichte gedreht. Neben Betroffenen und Mitstreiter\*innen bekommt sie sogar einen ehemaligen CIA-Chef vor die Kamera.



Credit: Drop out cinema

### IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer  
Registereintrag: Amtsgericht Düsseldorf VR 5046  
Verantwortlich: André Edelhoff  
Projektleitung: Valerie Franze  
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms  
Layout: VOIGT.GRAFIK, Düsseldorf; [www.voigtgrafik.de](http://www.voigtgrafik.de)

DGB Bildungswerk  
Nord-Süd-Netz  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329  
Fax: 0211 / 4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)

[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)  
ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

**BMZ**  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung